

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir-Block
Ausschussvorsitzender Uwe Reese
Stellv. Ausschussvorsitzende Gabriele Schröder

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Heidi Bosse

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhart
Vertreterin Petra Stomberg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Dr. Angela Kirstges

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Hilke Schwarting-Boer

Behindertenvertretung

beratendes Mitglied Sabine Gastmann

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Günter Hinrichs

Dezernenten

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Dr. med. Christof Rübsamen

von der Verwaltung

Fachbereich 53 David Döring

Fachbereich 50 Jörg Harms

Protokollführerin

Protokollführerin Stefanie Kallendrusch

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Martin Ehlers

Grundmandat Torsten Kastrioti

Grundmandat Michael Kieseewetter

Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

beratendes Mitglied Doris Tjarks

als Gast

Dr. Sainab Egloffstein (Geschäftsführung Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 25.08.2022
- 4 Kinderarztproblematik
- 5 Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst
- 6 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Aufnahme eines beratenden Mitgliedes aus dem 546/2022 Seniorenbeirat in die Fachausschüsse
- 7 Antrag der AfD-Fraktion: Einrichtung einer Beratungsstelle zu Impfnebenwirkungen 550/2022
- 8 gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: „Entwicklung 557/2022 Leitbild Wilhelmshaven 2045“
- 9 Mitteilungen und Anfragen
- 9.1 Bearbeitungszeiten und Personalsituation Wohngeldstelle

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 25.08.2022

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 25.08.2022, Nr. 8/2022, wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Kinderarztproblematik

Die Geschäftsführerin der KVN-Bezirksstelle Oldenburg/Wilhelmshaven, Frau Dr. Sainab Egloffstein, informierte über den derzeitigen Sachstand bezüglich der Besetzung der beiden vakanten Kinderarztstellen. Aus technischen Gründen konnte die Power-Point-Präsentation in der Sitzung nicht gezeigt werden und ist somit nun dem Protokoll beigelegt (s. *Anlage*).

Zunächst gab sie einen Überblick über das generelle Verfahren der Bedarfsplanung, welches deutschlandweit einheitlich geregelt ist. Die Kinderärzte gehören zur Gruppe der allgemein fachärztlichen Versorgung. Der dazugehörige Planungsbereich erstreckt sich über die Region LK Friesland/Stadt Wilhelmshaven. Der Kinderarzt/die Kinderärztin ist innerhalb dieses Planungsbereiches frei in der örtlichen Niederlassung. Anhand einer Verhältniszahl wird der benötigte Bedarf an Arztstellen ermittelt. Bei den Kinderärzten wird für ca. 2800 Kindern unter 18 Jahren ein Kinderarztsitz angesetzt. Auch ohne Nachbesetzung der beiden freien Kinderarztsitze wäre die Versorgung in unserer Planungsregion gewährleistet und die beiden Sitze müssten nach zweimaliger erfolgloser Ausschreibung gestrichen werden. Allerdings hat der Zulassungsausschuss den Sonderbedarf in Wilhelmshaven anerkannt, sodass momentan bereits das fünfte Ausschreibungsverfahren erneut erfolglos ausgelaufen sei.

Auch anderorts sei deutschlandweit zu erkennen, dass trotz Überversorgung keine freien Kapazitäten mehr vorhanden seien. Gründe hierfür sind z.B. die gestiegene Anzahl an U-Untersuchungen, vermehrte chronische Erkrankungen sowie die Spezialisierung der Kinderärzte, die mit ihrem Sitz zur Gesamtzahl zählen. Überall bestünden Schwierigkeiten im Wiederbesetzungsverfahren, da die Anzahl der vorhandenen Ärzte und Ärztinnen einfach zu gering sei.

In der Vergangenheit wurde die Anzahl der Studienplätze aus Angst vor einer Ärzteswelle reduziert. Dabei wurde jedoch nicht bedacht, dass sich zwischenzeitlich die Lebensmodelle vielseitig verändert hätten. Gesetzliche Arbeitszeitregelungen und der hohe Frauenanteil mit Familienauszeiten und Teilzeitarbeitsmodellen habe die tatsächlich vorhandene „Arztzeit“ verringert. Viele Ärzte praktizieren bereits über das normale Renteneintrittsalter hinaus. Sie erwarten in den folgenden Jahren eine weitere Verschärfung in der Situation der Ärzteversorgung.

Frau Bakir-Block fragte, was das Land bzw. der Bund unternehmen könne, um die Nachwuchsgewinnung zu stärken. Aufgrund des bestehenden Numerus clausus würden viele Interessierte im Ausland studieren oder ein anderes Studienfach wählen. Frau Dr. Egloffstein antwortete, dass dies im Zuständigkeitsbereich der Ärztekammer liege. Der NC bestehe, um die vorhandenen Studienplätze bestmöglich an die Bewerber/-innen zu verteilen. Die Studienplätze sind sehr teuer und somit begrenzt, da hier z.B. Labore und weitere Infrastruktur benötigt werden.

Auch Herr Walpurgis sieht hier den Staat in der Verpflichtung, um die Anzahl der Studienplätze zu erhöhen. Auch die Fluktuation der ausgebildeten Ärzte sei ein Problem, er sehe den Standort Deutschland in Gefahr.

Dazu sagte Frau Dr. Egloffstein, dass eine Anhebung des NC nicht automatisch zu mehr Ärzten und Ärztinnen führe. Die Anzahl der Studienplätze wurde aktuell bereits erhöht, allerdings seien es immer noch zu wenige. Da die Ausbildung bis zur Niederlassung eines Facharztes ca. 11-14 Jahre beträgt, könne dies jedoch nicht den momentanen Bedarf decken. Sie erwarte daher eine weitere Verschärfung der Situation.

Die Abwanderung von Ärzten und Ärztinnen sei normal, so arbeiten wiederum in Deutschland bereits viele ausländische Ärzte und Ärztinnen.

Sie appellierte an den Ausschuss, den Standort Wilhelmshaven in Gesprächen und in der Presse als positiv darzustellen und die Besonderheiten der Region zu betonen. Bei Interesse sei die KVN bei allen Fragen zur Niederlassung behilflich. Bis ein neuer Kinderarzt gefunden sei, habe eine Ärztin am Klinikum die Ermächtigung zur Übernahme der U3-Untersuchungen erhalten. Auch die Hausärzte könnten die Betreuung der Kinder übernehmen. Es werde auch langfristig nicht vermeidbar sein, dass die Eltern längere Fahrtzeiten bis zum Kinderarzt in Kauf nehmen müssten.

Frau Dr. Kirstges bestätigte die Aussagen zur bundesweiten Problematik sowie den genannten Gründen für den gestiegenen Bedarf an Studienplätzen. In den Krankenhäusern werden aufgrund der Verkürzung der zulässigen Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche mehr Fachärzte benötigt. Der auferlegte Sparkurs der Krankenhäuser sowie die zunehmenden Verwaltungsaufgaben führten zu wachsender Unzufriedenheit. Auch sie sieht den dringenden Handlungsbedarf hier bei der Bundespolitik.

Frau Bakir-Block sagte, dass auch die Ärzteschaft auf sich und die mangelhafte Situation aufmerksam machen müsste, z.B. durch Demonstrationen.

Zudem stellte sie die Frage an die Verwaltung, was von deren Seite noch gemacht werden könne.

Herr Schönfelder antwortete darauf, dass die Stadt finanzielle Anreize schaffen könne, wie dies bereits mit der Auslobung einer Prämie geschehen sei. Neben der Existenzgründungsbeihilfe kann die Verwaltung z.B. bei der Suche nach Baugrundstücken oder auch Kinderbetreuungsplätzen behilflich sein. Im Vergleich zu anderen Städte habe Wilhelmshaven ein durchaus angemessenes kulturelles Angebot und biete vielfältige Freizeitangebote.

Herr Burkhart sieht das eigentliche Problem im Image der Stadt Wilhelmshaven. Wenn der Name der Stadt in der überregionalen Presse auftauche, sei dies meistens im negativen Kontext.

Er stellte die Frage, welche Mittel die KVN habe, um die vakanten Kinderarztsitze langfristig zu erhalten und wie sonst eine qualifizierte Kinderarztversorgung sichergestellt werden könne.

Dazu sagte Frau Dr. Egloffstein, dass der Zulassungsausschuss lokale Sonderregelungen und Sonderbedarfe zulassen kann. Auch wurden bereits Ermächtigungen an das Klinikum ausgestellt. Weitere finanzielle Anreize hält sie nicht für sinnvoll.

Herr Dr. Rübsamen sagte, dass sich die Ausbildung der Kinderärzte für die Kliniken aus Kostengründen nicht rentiere, was zu sinkenden Ausbildungsplätzen führe und in der Folge wiederum zu einer flächendeckenden Schließung von Kinderkliniken. Schon immer war es so, dass nur ein kleiner Anteil der Medizinstudierenden in die Kinderheilkunde gegangen sei.

Lt. Aussage des Leiters der Kinderklinik, Herrn Dr. Meyer, können aufgrund von fehlendem Personal nicht mehr alle Nachtdienste besetzt werden, sodass hierfür Fachärzte eingekauft werden müssen. Auch in Oldenburg können nicht mehr alle Kinder versorgt werden, sodass diese in Wilhelmshaven aufgenommen werden müssten.

5 Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst

Herr Dr. Rübsamen informierte über den gemeinsam von der Bundesregierung und den Länderregierungen zu Beginn der Corona-Pandemie beschlossenen Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD).

Die Fördersummen werden anhand der Einwohnerzahl berechnet und jährlich ausgezahlt. Zur Stärkung des Personals hat die Stadt Wilhelmshaven im Jahr 2021 ca. 180.000 € erhalten, für dieses Jahr beträgt die Fördersumme ca. 300.000 €. Mit diesen Mitteln wurden Stellen aufgestockt bzw. neu geschaffen. Nicht besetzt werden können weiterhin die Stellen im ärztlichen Bereich.

Zum anderen soll die Digitalisierung vorangetrieben werden. Für die Förderperiode ab 01.10.2022 wurde über die Koordinierungsstelle des Landes hierfür ein Antrag über ca. 200.000 € gestellt, über den jedoch aus nicht

bekannten Gründen noch nicht entschieden wurde. Herr Dr. Rübsamen sagte zu diesem Thema, dass die Gesundheitsämter auch weiterhin auf die Verwendung von Fax-Geräten angewiesen sein werden, da die elektronisch übermittelten Daten oftmals nicht ausreichend seien sowie auch noch technische Probleme bei der Anwendung bestünden.

Die Fördermittel werden ohne Eigenanteil bewilligt.

Auf Nachfrage von Herrn Burkhardt sagte Herr Dr. Rübsamen, dass nicht verbrauchte Fördermittel zurückgezahlt werden müssen.

Frau Bakir-Block fragte nach der rechtlichen Sicherheit bei der Versendung von Daten per e-mail bzw. Fax. Herr Dr. Rübsamen sieht hier keinen Unterschied, einen Datenabgriff könne man bei beiden Varianten nicht ausschließen. Er schätze die Wahrscheinlichkeit jedoch als sehr gering ein.

6 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Aufnahme eines beratenden Mitgliedes aus dem Seniorenbeirat in die Fachausschüsse **546/2022**

Herr Burkhardt trug den Antrag 546/2022 der Gruppe GRÜNE und GfW vor und bat um Zustimmung.

Aufgrund der bereits erfolgten Diskussionen in anderen Ausschüssen habe er auch beim Jugendparlament sowie beim Behindertenbeirat bezüglich der Beteiligungswünsche in den Ausschüssen nachgefragt.

Das Jugendparlament wünscht eine Beteiligung am Schulausschuss, Jugendhilfeausschuss, Kulturausschuss, Sportausschuss sowie im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz.

Der Behindertenbeirat würde sich gerne zusätzlich im Ausschuss für Planen und Bauen sowie dem Ausschuss der technischen Betriebe beteiligen.

Er werde diese Bedarfe als Änderungsantrag zum vorliegendem Antrag im Rat einbringen.

Auf Hinweis von Herrn Schönfelder könne der Ausschuss für Soziales, Jugend und Integration bereits jetzt ein Votum zur Erweiterung des vorliegenden Antrages abgeben.

Herr Hinrichs bat ebenfalls um Zustimmung, um den Seniorenbeirat zu stärken. Bereits seit 2001 habe der Seniorenbeirat immer wieder die Beteiligung an weiteren Ausschüssen gefordert.

Auch Herr Walpurgis begrüßte das Ansinnen des Seniorenbeirates, sich in weiteren Ausschüssen zu engagieren. Grundsätzlich sagte er, dass bei Bedarf in jedem Ausschuss die Möglichkeit bestehen sollte, auch nicht zum Ausschuss gehörenden Interessengemeinschaften die beratende Teilnahme zu gestatten.

Dazu sagte Frau Bakir-Block ergänzend, dass jeder Bürger/jede Bürgerin das Recht habe, an den Ausschusssitzungen bzw. der Ratssitzung teilzunehmen.

Jedes ehrenamtliche Engagement sei begrüßenswert und beinhalte aber auch immer eine gewisse Verantwortung.

Es folgte die Abstimmung über den Antrag mit den vorgebrachten Ergänzungen.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, jeweils ein (1) Mitglied des Seniorenbeirats der Stadt Wilhelmshaven in den folgenden Ausschüssen aufzunehmen:

- Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration
- Ausschuss für Planen und Bauen
- Ausschuss für Kultur
- Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
- Ausschuss für Sport
- Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven.

Das entsendete Mitglied des Seniorenbeirats wird als beratendes und nicht stimmberechtigtes Mitglied an den Ausschusssitzungen teilnehmen.

Rechtsgrundlage: NKomVG §71 Abs. 7

Begründung:

In einer älter werdenden Gesellschaft tragen die Älteren in besonderem Maße gesellschaftliche Mitverantwortung. Als Gruppe Grüne und GfW möchten wir dem Seniorenbeirat die Möglichkeit geben, an der politischen Gestaltung vor Ort aktiv mitzuwirken. Demokratie benötigt aktive Demokratinnen und Demokraten aller Generationen. In unserem Land gibt es unterschiedlichste Möglichkeiten der Teilhabe und viele Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen nutzen die Chance aktiv mitzugestalten. Um den Mitgliedern des Seniorenbeirats der Stadt Wilhelmshaven die Möglichkeit zu geben, sich mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen zum Wohle der gesamten Gesellschaft einzubringen, wird die Aufnahme in die oben erwähnten Ausschüsse empfohlen. Wie andere Generationen wollen auch sie mit ihrem Engagement etwas Sinnvolles für sich selbst und andere bewirken. Ihr Engagement ist ein Gewinn für die Wilhelmshavener Gesellschaft wie auch für die Engagierten selbst. Gebraucht zu werden und sich nützlich zu machen, steigert die Lebenszufriedenheit und trägt zur Gesunderhaltung bei. Die Gesellschaft profitiert wiederum von der Lebenserfahrung, den Kompetenzen, den vorhandenen Zeitressourcen, den Kontakten und dem politischen Gespür der älteren Generationen. Dieses Engagement gilt es zu festigen und

zu verstärken. Als Gruppe Grüne und GfW haben wir zur Vorbereitung dieses Antrages die Beteiligung der Seniorenvertretungen in anderen vergleichbaren Städten (Einwohner 50000+) in Niedersachsen ausgewertet und als Anlage diesem Ratsantrag beigelegt. In der Auswertung ist ersichtlich, dass viele niedersächsische Kommunen und Städte der älteren Generation die Möglichkeit geben, sich aktiv mit ihren Bedürfnissen und Erfahrungen in den einzelnen Ausschüssen gewinnbringend einzubringen. Diese Chance gilt es, gerade vor dem Hintergrund des Wandels auch für die Stadt Wilhelmshaven zu nutzen.

7 Antrag der AfD-Fraktion: Einrichtung einer Beratungsstelle zu 550/2022
Impfnebenwirkungen

Herr Burkhardt stellte zum Antrag 550/2022 der AfD-Fraktion einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung.

Herr Walpurgis kritisierte das Verhalten der AfD-Fraktion, die trotz eines eigenen Antrages nicht anwesend sei, um diesen einzubringen.

Der Antrag auf Nichtbefassung wurde einstimmig angenommen.

Beschluss:

-Nichtbefassung-

Die Verwaltung wird beauftragt,
eine Beratungsstelle/Anlaufstelle für die Bürger einzurichten, an
die diese sich bei Auftreten von Impfnebenwirkungen und
Impffolgeschäden wenden können.

8 gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: 557/2022
„Entwicklung Leitbild Wilhelmshaven 2045“

Frau Dr. Kirstges stellte den Antrag 557/2022 der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV vor und bat um Zustimmung.

Herr Schönfelder sagte, dass die Verwaltung in der abschließenden Beratung im Rat am 30.11.2022 zu dem Antrag Stellung nehme und dann auch einen zeitlichen Rahmen durch die Antragsteller erwarte.

Herr Burkhardt befürwortete den Antrag und bat darum, bei der Entwicklung des Leitbildes das gesamte Gebiet der Stadt Wilhelmshaven einschließlich der

dörflichen Strukturen zu beteiligen. In dem Prozess StepPlus waren Fedderwarden und Sengwarden nicht einbezogen worden, sondern hatten mit dem „Runden Tisch“ ein gesondertes Beteiligungsverfahren.

Frau Dr. Kirstges sicherte dies zu.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Die Verwaltung wird beauftragt bis zur Ratssitzung im September 2022 zu prüfen, welche konkreten Schritte zur Entwicklung eines Leitbildes „Wilhelmshaven 2045“ im Einklang mit dem Projekt „Regionalmanagement Strukturwandel Kohleausstieg“ nötig sind. Als Basis sollen die Ergebnisse des 2014 vom Rat beschlossenen Stadtentwicklungsplan „StepPlus“ dienen. Das Leitbild „Wilhelmshaven 2045“ soll unter anderem als Grundlage für die Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans (FNP) dienen und - ähnlich wie der Prozess StepPlus eine Bürgerbeteiligung vorsehen.

Begründung:

Der Prozess des energiepolitischen Strukturwandels hat unter anderem erhebliche Auswirkungen auf die weitere städteplanerische Entwicklung Wilhelmshavens und der umliegenden Region. Zugleich ist die Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans für die Stadt Wilhelmshaven dringend notwendig. Dies wurde seitens der Verwaltung bereits im Rahmen des Antrags "Projektplanung zur Erarbeitung eines neuen Flächennutzungsplanes" (520/2022) grundsätzlich bejaht. Ziel des Antrages ist, die wertvollen Ergebnisse des Stadtentwicklungsplan StepPlus mit den neuen Anforderungen aus dem Strukturwandel zu einem integrierten Leitbild zusammenzuführen und daraus unter anderem einen neuen Flächennutzungsplan (FNP) zu entwickeln.

9 Mitteilungen und Anfragen

9.1 Bearbeitungszeiten und Personalsituation Wohngeldstelle

Frau Bakir-Block sprach nochmals die langen Bearbeitungszeiten in der Wohngeldstelle an. Gerade dieser Kreis der Anspruchsberechtigten sei mit Hinblick auf die steigenden Energiekosten besonders auf diese Hilfe angewiesen.

Herr Walpurgis informierte, dass dies bereits am 26.09.2022 Thema in der Personalausschusssitzung gewesen sei. Die Bearbeitungsdauer liege teilweise

bei sechs bis sieben Monaten. Die Gründe liegen hier überwiegend in der angespannten personellen Situation. Die Politik sei hier im Zuge der Haushaltsberatungen mit dem dazugehörigen Stellenplan gefragt.

Frau Stomberg bestätigte dies und sagte noch, dass sich der Kreis der Berechtigten ab 01.01.2023 durch eine Gesetzesänderung etwa Verdreifachen werde, sodass in der Wohngeldstelle eine Vielzahl an neuen Stellen geschaffen werden müsse. Da dieses Personal wahrscheinlich nicht zur Verfügung stehe, müsse man sich Alternativen überlegen. Das bestehende Personal arbeite den Möglichkeiten entsprechend.

Auch Herr Schönfelder bestätigte, dass das Problem in der Personalsituation begründet sei und sich durch die Wohngeldreform noch verstärken werde. Auch er werde sich bei Herrn Bruns als Kämmerer und Personaldezernent für die Aufnahme der benötigten Stellen in den Stellenplan einsetzen.

Er bat darum, derartige Anfragen entsprechend der Geschäftsordnung vor der Sitzung einzubringen, damit diese dann in der Sitzung mit aktuellen Zahlen und genaueren Angaben aus den Abteilungen beantwortet werden können.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:30 Uhr

Schönfelder
Dezernent

Reese
Vorsitzender

Kallendrusch
Protokollführerin